



Auch Trump-Herausforderer Joe Biden zitiert George Floyd

Dies war der Moment, in dem Joe Biden sich beweisen musste. Die richtigen Worte finden, nicht stottern, alle flotten Sprüche vermeiden: In einer traditionell schwarzen Kirche in seinem Heimatort Wilmington, Delaware, stand er Anfang der Woche vor schwarzen Gemeindegliedern und sprach über George Floyd. „Ich kann nicht atmen, ich kann nicht atmen“, zitierte er die letzten Worte des von Polizisten erstickten Afroamerikaners. „Diese Worte sind nicht mit ihm gestorben“, fuhr er fort. Er forderte eine Reform der Strafjustiz und sprach von der Macht der Worte: „Die Worte eines Präsidenten können sein Land in den Krieg führen oder Frieden stiften.“ Natürlich meinte er damit den amtierenden Präsidenten, den er im November ablösen will. In den wenigen öffentlichen Auftritten, die Joe Biden seit dem Ende der strikten Corona-Ausgangsbeschränkungen absolvieren konnte, zeichnete er eine tiefe Kluft zwischen der spalterischen Rhetorik Trumps und dem Wunsch nach Versöhnung, den er verkörpere. Um damit glaubhaft zu wirken, musste er auch eigene Fehltritte eingestehen, politische Entscheidungen früherer Jahrzehnte etwa, die dem Rassismus in den USA Vorschub leisteten, oder verbale Missgriffe wie die erst kürzlich gegenüber einem Schwarzen gemachte Aussage, wenn der ihn nicht wählen wolle, sei er „nicht schwarz“.

Joe Biden wird in den fünf Monaten bis zum Wahltag am 3. November noch viele ZweiflerInnen überzeugen müssen, dass er es verdient, mit dem höchsten Amt in den USA betraut zu werden. Der heute 77-jährige wäre nicht nur der älteste Präsident aller Zeiten, sondern sein Auftreten bleibt auch einfach meilenweit hinter dem Elan Barack Obamas zurück, dem er acht Jahre geräuschlos als Vize zur Seite stand.

Er muss die Delegierten beim Parteitag, die ihm im August formal die Kandidatur zusprechen werden, von den Stühlen holen. Er muss die progressive Basis der Partei, die lieber die politischen Vorstellungen seines Rivalen Bernie Sanders umgesetzt sähen, mobilisieren – nicht nur als WählerInnen, sondern auch als WahlkämpferInnen. Sie am 3. November dann tatsächlich in die Wahllokale zu bringen ist ebenso schwierig wie die richtigen politischen Programmpunkte.

Bei den Vorwahlen hat dies zunächst nicht geklappt, da lag Sanders vorn. Erst in South Carolina, dem wichtigen Staat im Süden mit seiner großen afroamerikanischen Wählerbasis, fuhr Biden einen deutlichen Sieg ein. Nach weiteren Erfolgen am Super Tuesday dünnte sich die Schar der demokratischen BewerberInnen rasch aus, bis nur noch Sanders ihm Konkurrenz machte.

Nun, mit den Briefwahlstimmen bei den Vorwahlen in mehreren Bundesstaaten, ist Biden am Ziel und hat ohne große Fanfaren die absolute Mehrheit der Delegierten beim Parteitag hinter sich gebracht. Ob dieser zum üblichen Spektakel mit Luftballons und großen Reden wird oder wegen der Coronabeschränkungen zum blutleeren Videomathon, ist noch nicht entschieden.

Stefan Schaaf

„Eine große Party vor der Air Base“

US-Präsident Donald Trump will offenbar einen Teil der US-Truppen aus Deutschland abziehen. Die Koalition ist besorgt, die Friedensbewegung erfreut

Von Tobias Schulze

Die Friedensbewegung würde sich nicht daran stören, wenn Donald Trump Ernst macht. Medienberichten zufolge plant der US-Präsident einen Teilabzug amerikanischer Truppen aus Deutschland. Pascal Luig, der sich im Koordinierungskreis der Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“ engagiert, fände das gut. „Wir sind erfreut über diese Ankündigung. Aber die Freude ist verhalten: Wir sind uns bewusst, dass Donald Trump lügt, wenn er den Mund aufmacht“, sagte er der taz. „Wir wissen also nicht, ob wir ihm beim Wort nehmen können. Aber wenn es so kommt, werden wir zum Abzug eine große Party vor der Air Base veranstalten.“

Der Luftwaffenstützpunkt in der Pfalz ist der wichtigste Standort der US-Army in Deutschland – aber bei Weitem nicht der einzige. Insgesamt sind derzeit 34.500 amerikanische Soldat*innen an verschiedenen Orten in der Bundesrepublik stationiert. Wie das Wall Street Journal und andere US-Medien jetzt berichten, will Trump im Herbst 9.500 von ihnen abziehen und ab dann dauerhaft eine Obergrenze von 25.000 einführen. Ein Teil des Personals soll in die USA zurückkehren, ein anderer Teil in Polen und anderen verbündeten Staaten stationiert werden.

Der Schritt käme nicht überraschend: Trump hatte schon in der Vergangenheit damit kokettiert, Deutschland mit einem Truppenabzug dafür zu bestrafen, dass die Bundesregierung die Militärausgaben nicht so stark erhöht, wie es USA und Nato gerne hätten. Eine offizielle Bestätigung für die Nachricht gibt es aber nicht. Und auch die Bundesregierung weiß nach eigenen Angaben von nichts. „Die mögliche Verkleinerung der US-Truppen in Deutschland irritiert mich sehr. Die Pläne wurden nicht mit der Bundesregierung be-

sprochen. Geht man so mit Verbündeten um?“, fragte der CDU-Politiker Peter Beyer, US-Beauftragter der Bundesregierung, am Samstag in einer ersten Reaktion auf Twitter.

Auch sein Parteikollege Johann Wadephul, Fraktionsvize der Union, ist über das Vorgehen irritiert. Trump vernachlässige „erneut eine elementare Führungsaufgabe“, indem er die Bündnispartner der USA nicht in Entscheidungen einbinde. Für die Europäer sei die Nachricht ein „Weckruf, auch sicherheitspolitisch unser Schicksal selbst entschiedener in die Hand zu nehmen“. Anders gesagt: Deutschland und seine europäische

„Die Pläne wurden nicht mit der Bundesregierung besprochen“

Peter Beyer, CDU

Verbündeten sollen stärker aufrüsten, um den Ausfall der USA kompensieren zu können.

Aber nicht alle Bundestagsfraktionen sind besorgt über den möglichen Abzug. Die Linken-Abgeordnete Kathrin Vogler würde den Schritt begrüßen: „Dass Trump den Abzug aus den falschen Gründen will, ändert nichts daran, dass er richtig ist.“ Und weiter: „Die Bundesregierung sollte gegenüber der US-Administration darauf drängen, dass die in Deutschland stationierten US-Atombomben auch gleich mit abgezogen werden.“ US-Atombomben sind in der Eifel stationiert. Im Rahmen der sogenannten Nuklearen Teilhabe der Nato wäre im Ernstfall die Bundeswehr dafür zuständig, sie mit Hilfe ihrer Kampffjets einzusetzen.

Auch der Grünen-Abgeordnete Omid Nouripour sieht der US-Ankündigung entspannt entgegen. „Reisende soll man nicht aufhalten“, sagte

er der taz. „Allerdings redet man vor solchen Entscheidungen miteinander, wenn man die Partnerschaft ernst meint. Das tut Trump nicht.“ Zudem stelle sich die Frage, ob es „gut für die europäische Friedensordnung“ ist, wenn mehr US-Soldaten in Osteuropa stationiert sind.

Der Truppenabzug hätte allerdings nicht nur sicherheitspolitische Folgen, sondern auch wirtschaftliche. In der Pfalz und an anderen Standorten ist die US-Army ein wichtiger Arbeitgeber, auch für einheimische Zivilangestellte. Die regionale Wirtschaft profitiert sowohl von den Stützpunkten selbst als auch von den dort stationierten Soldat*innen sowie deren Angehörigen.

Friedensaktivist Luig will das aber nicht als Argument gelten lassen. Die Politik habe schlicht verpasst, rechtzeitig für einen möglichen Abzug der Amerikaner vorzusorgen. „Da hätte schon längst was geschehen müssen. Seit Jahren haben wir immer hervorgehoben, dass Konversion wichtig ist“, sagt er. „Zuletzt haben wir 2018 alle Bürgermeister der Region angeschrieben. Eine Antwort haben wir nicht bekommen.“

2018 hatte Trump schon einmal mit dem Truppenabzug gedroht. Das Anti-Ramstein-Bündnis schlug daraufhin den Bürgermeistern von fünf pfälzischen Kommunen vor, einen „Runden Tisch Regionalkonversion“ einzuführen. Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften sollen darüber beraten, wie abseits des Militärs neue Arbeitsplätze entstehen könnten. Die Aktivist*innen selbst schlagen unter anderem vor, auf dem Gelände der Air Base einen Freizeitpark, ein Museum und einen Industriepark für erneuerbare Energien zu errichten. Sie gestehen allerdings selbst ein, dass die „Finanzierung eines solchen langfristigen Konversionsprojektes sicher eine Herausforderung“ ist.

meinung + diskussion 12

taz sachen

Der Lockdown als Chance?

Die verborgene Wirklichkeit ist durch Corona um 30 Prozent sichtbarer geworden. Anders gesagt: Die Pandemie hat einige der großen Probleme offengelegt, die im politischen und gesellschaftlichen Normalbetrieb ignoriert werden. Von der Regierung, von der Mediengesellschaft, und auch von uns. Das ist die These, die wir der neuen Ausgabe von taz Futurzwei zugrunde legen.

Als wir mit dem Psychologen Ahmad Mansour über die positiven Seiten dieses „einmaligen Shutdowns“ sprechen wollten, da lachte der nur. „Für Sie mag das einmalig sein“, sagte der aus Palästina stammende Mansour, „ich hab schon drei Shutdowns hinter mir.“ Und da fängt es an – mit einem genaueren Blick auf die Wirklichkeit der anderen. Deshalb haben wir auch ein Gespräch mit der Influencerin Diana zur Löwen, 24, geführt. Sie steht für jene Millennials, die sich durch Fridays for Future politisiert haben, aber von Parteien und Qualitätsmedien weitgehend ignoriert werden.

Was uns zu der Klimapolitikaktivistin Luisa Neubauer führt, die in einem Essay das vielleicht größte Geheimnis unserer Gesellschaft enthüllt: Wir können vielleicht etwas Neues anfangen, aber wir können nicht mit Altem aufhören. Und das müssten wir, um loslegen zu können.

Außerdem machen mit: Der brandeins-Mitbegründer Wolf Lotter, der Wirtschaftsökologe Ralf Fücks, die Politikerin Aminata Touré, Energieprofessor Volker Quaschnig, die Autorin Julia Encke, der Künstler Stefan Frankenger – und natürlich Harald Welzer. Einzelheft und Abo gibt es auf tazfuturzwei.de. Peter Unfried

Die Bildergeschichte Black Lives Matter



Weltweit gedenken Menschen des gewaltsamen Tods von George Floyd und protestieren gegen Rassismus und Polizeigewalt. In Edinburgh halten sie den coronabedingt vorgeschriebenen Mindestabstand ein. Foto: Andrew Milligan/dpa

taz blogs

taz geht auch anders

Die Blogs sind erfrischend, kurz, lang, schräg und eigensinnig: taz.de/blogs